

Neuaufwärmung des Nichtabrüstungschwinds.

Vorwände für neue Druckmaßnahmen?

(Durch Sunkspruch.)

Paris, 26. Januar. Der Berichtshatter der Agentur Canada in London beschäftigt sich mit dem Bericht des Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission in Versailles hinsichtlich der schwebenden Entwaffnungsfragen, über die im Monat November 1925 in der Völkervereinigung verhandelt wurde. Er bespricht die feinerzeit aufgestellten vier Listen und stellt fest, daß die in den beiden ersten Listen enthaltenen Verpflichtungen erfüllt sind, während die Erfüllung der in der Liste 3 enthaltenen Verpflichtungen viel zu wünschen übrig lasse und die erzielten Fortschritte nicht genügen, um zu dem Urteil zu kommen, daß Deutschland kein Versprechen für den 15. November 1925 gehalten hat. (1) Bezüglich der Liste 4 seien sich die alliierten Kontrollorgane darüber einig, daß die von Deutschland erwarteten Vorkehrungen so verzögert worden seien, daß man den Grad der Erfüllung der Klausel, die im November v. J. den Gegenstand einer besonderen Erörterung gebildet hätten, für den Augenblick gleich Null betrachten könnte.

Die Liste 4 umfaßt bekanntlich die Organisation der Polizei, die Stellung des Oberkommandos, das Verbot des Gebrauches gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsgberg und die militärischen Vereinigungen.

Anmerkung des W. I. N.: Der vom Londoner Berichtshatter der Agentur Canada veröffentlichte Bericht über den Stand der Entwaffnungsfragen, der sich an einen angeblichen Bericht des Generals Walsh anlehnt, ist in dieser Form nicht zu verstehen. Die Durchführung der im Herbst v. J. zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Völkervereinigung getroffenen Abmachungen ist vielmehr in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energisch gefördert worden, daß die Regelung des größten Teiles aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiete der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November v. J. zugefügten Entgegenkommens (1) eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei um großen Teile nicht um die materiell beschränkten, sondern lediglich um Erörterungen über normale Fragen handelt.

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst vorigen Jahres getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich darangegangen, die für den Ausbau der neuen Organisation erforderlichen umfassenden Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen der Völkervereinigung über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichterreichung der Polizeistärke des besetzten Gebietes in die Zahl von 150.000 Mann bereits in der Note von Boulogne vorgeesehen ist. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung an den Grenzen eine unverhältnismäßig starke polizeiliche Besetzung durchzuführen wolle, ist völlig unbegründet. Die Verteilung der Polizei erfolgt lediglich nach polizeilichen Gesichtspunkten, d. h. sie wird bestimmt durch Bevölkerungsdichte, Verteilung der Industrie und ähnliche Gesichtspunkte.

Webrigens ist über die Zahl der Polizeibeamten im besetzten Gebiet ein sich eine grundsätzliche Einigung mit der Völkervereinigung bereits erzielt. Zur Erörterung steht lediglich die Frage der Erhöhung in die Gesamtstärke von 150.000 Köpfen. Nach Klärung dieser Frage wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei be-

treffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß kommen kann. (W. I. N.)

Eine überflüssige Navasergänzung.

Paris, 26. Januar. Eine ergänzende Londoner Navasergänzung besagt zum Stand der deutschen Abrüstung, daß die Interalliierte Kontrollkommission insbesondere mit der Entwaffnung der Polizeibehörde und der Regelung des Oberkommandos nicht zufrieden sei. Dagegen erklärt sich die Kommission von den Fortschritten befriedigt, die in den Fragen drei und vier bezüglich des Verboies bestimmter Ausbildungswaffen und der Zerstörung der Königsberger Artillerie erzielt wurden. Was die Ausbildungswaffen anlangt, so habe die deutsche Regierung Vorschriften erlassen, die zur Annahme berechtigen, daß die geforderten Reformen praktisch durchgeführt worden seien. Hinsichtlich der Umwandlung der 27 Zeilungsgeschütze seien ebenfalls sehr gute Fortschritte gemacht worden. Es scheint, so heißt es weiter in der Navasergänzung, daß zwischen England und Frankreich in der Frage der Polizeibehörde Einvernehmen besteht. Wenn die Alliierten zur Erleichterung einer allgemeinen Regelung auch Zugeständnisse in einigen Punkten machen, so würden sie jedoch in den maßgebenden Fragen nicht nachgeben.

Die neuerliche Navasergänzung dürfte durch die halbamtliche deutsche Erklärung zu dieser Frage bereits beantwortet sein.

Der Locarno-Pessimismus am Rhein.

Eine Rede des Oberpräsidenten Dr. Fuchs.

(Durch Sunkspruch.)

Düsseldorf, 26. Januar. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, eröffnete heute den 70. Rheinischen Provinzialtag mit einer Rede, in der er u. a. ausführte: Man darf wohl annehmen, daß durch die Verhandlungen von Locarno die Entscheidung über die Räumung der ersten Zone mindestens günstig beeinflusst wurde. Es soll ferner nicht verkannt werden, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und „mancherorts“ eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Es bleibt aber noch viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzten Gebiete zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Stärke der ihr auch weiterhin auferlegten Besetzung. Dies muß auf die Dauer den Geist der Bevölkerung gefährden. Obwohl es nachgerade schwer wird, wollen wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es auf Grund der eingeleiteten diplomatischen Schritte gelingen wird, eine befriedigende Lösung dieser und noch anderer uns stark bewegenden Fragen herbeizuführen.

Der Oberpräsident gedachte sodann der durch das Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse eingetretenen Notlage großer Teile der rheinischen Bevölkerung und ging näher auf die erforderlichen Hilfsmaßnahmen für die Notleidenden und die Abwehrmaßnahmen gegen neue Katastrophen ein.

Zum 1. Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg (Arbeitsgemeinschaft), gewählt.

Chamberlains Besprechungen.

London, 26. Januar. In den Besprechungen, die Chamberlain in den nächsten Tagen mit Briand haben wird, werden voraussichtlich folgende Fragen zur Erörterung kommen: Die Entwaffnung Deutschlands, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, die Befestigung des Rheinlandes und das Datum des Zutritts der vorbereitenden Konferenz für die Entwaffnung.

Die Räumung der Kölner Zone.

Koblenz, 26. Jan. Entgegen anderblautenden Meldungen teilt das Reichskommissariat in Koblenz mit, daß die Räumung der sogenannten Kölner Zone sich keinesfalls bis zum März, auch nicht bis zum 20. Februar hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle ist nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt wird von der Völkervereinigung festgelegt werden.

Die „B. 3.“ macht in Putschgerüchten.

Berlin, 26. Jan. Die „B. 3.“ setzt ihren Felsen antäglich der Anwesenheit des früheren Reichswehrführers Oberleutnant Hochbach in Berlin Putschgerüchten vor. Schon Anfang Januar sei in Berliner Reichswehrkreisen von einem bevorstehenden Putsch geredet worden. Es sei damals vor dem 10. Januar ein „Lagebefehl“ an die nationalen Verbände ergangen, der aber zwei Tage später widerrufen worden sei. Dieser Tagesbefehl sei vor drei Tagen auf neue ausgearbeitet worden. Es werde die Reichswehr für den 27. Januar, den Geburtstag des Kaisers, befohlen. Der Befehl solle eine haushälterische Besetzung der Stadt von Charlottenburg bis nach dem Osten vorsehen, ebenso die Befestigung einzelner bestimmt bezeichneter Schuttposten, deren „unzuverlässige“ Mannschaften entwaffnet werden sollten, worauf die Verbände mitglieder in Schuttpostform Dienst tun sollten. Mündlich werde in den Kreisen der nationalen Verbände noch erzählt, daß Unternehmen sei völlig gesichert. Zuverlässige Reichswehr sei zur Unterstützung bei Berlin zusammengezogen und bereit.

Der Berliner Polizei sind derartige Gerüchte schon seit langem bekannt. Sie ist den Gerüchten nachgegangen, hat aber keinen Anhalt für deren Begründung gefunden. Man werde bei diesen Gerüchten in Rechnung zu stellen haben, daß die Kommunisten am Mittwoch eine große Demonstration planen. Offenbar seien die Putschgerüchte von ihnen aus, die Aufmerksamkeit der Polizei nach einer falschen Zeit ablenken.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere gegen den Völkerverbund.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere verbreitet folgende Kundgebung: „Angesichts der neu gebildeten Regierung Luther, die auf Grund ihrer Zusammenlegung von uns abgelehnt werden muß, fordert der Nationalverband Deutscher Offiziere alle völkischen und nationalen Teile Deutschlands auf, den Streit und Hader im eigenen Lager zu begradigen und sich zu fester, einiger Kampffront zusammenzuschließen mit dem Ziel, auf Reichstag, Reichsregierung und Reichspräsidenten dahin zu wirken, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch in letzter Stunde verhindert wird. Es ist genug mit Erfüllung und Nachgiebigkeit, die uns allen, ob Hand- oder Kopfarbeiter, nur Hunger, Elend und Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft gebracht haben. Wir wollen endlich frei sein!“

Das Sperrgesetz gegen die Fürstlichen Prozesse.

Der Schluss der Sitzung des Reichsausschusses. Abg. Everling (D.-N.) wandte sich gegen das Sperrgesetz, das drei Grundrechten der Weimarer Verfassung widerspreche, und zwar der Bestimmung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, dem Grundrecht der Unabhängigkeit der Richter und der Bestimmung, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Ohne eine Befreiung wäre das Gesetz ganz unmöglich, denn sonst würden beim Nichtzustandekommen einer reichsgesetzlichen Regelung die fürstlichen Familien auf ewige Zeit vom Rechtsschutz ausgeschlossen sein. — Abg. Dr. Pfeiffer (D. Sp.) wandte sich gleichfalls gegen den kommunikativen Antrag. — Abg. Hampe (Wirtsch. Berg.) trat für einen inwischen von seiner Partei, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eingebrachten Antrag ein, wonach Art. 1 des Sperrgesetzes folgende Fassung erhalten soll:

Alle Reichsgerichtsinstanzen, die zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstentümern bei deutschen Gerichten über die Auslieferung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Verordnungsmaßnahme) auszusetzen.

Abg. Bradant (Dem.) und Dr. Wolf (Centr.) sprachen für das Sperrgesetz mit den dazu eingebrachten Änderungsanträgen. Weiterberatung morgen.

Faschistische Diktatoren in den Gemeinden Südtirols.

München, 26. Jan. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, wurde in Kallern, einer der fünf Gemeinden, die nach der Durchführung des neuen italienischen Gemeindecodes ihre frei gewählte Vertretung behalten sollte, die Gemeindevertretung kürzlich aufgelöst. Als Neuerungsfabrikant wurde ein Steuereinsamler von Kallern, ein Faschist, der sich bei den Italiensierungsbewegungen hervortuend beteiligt hatte, ernannt. (W. I. N.)

Janusbrud, 26. Jan. Der Tiroler Bund beschloß gestern die gänzliche Aufhebung der Fremdenwohnabgabe.

Cäsar-Mussolini-Ordnungswahn.

Paris, 26. Januar. Der „Ceclair“ veröffentlicht ein Interview mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, wobei dieser ausführte, er hätte erst kürzlich wieder einmal die Schriften Cäsars und besonders das Kapitel gelesen, in dem Cäsar erzählt, wie er in zwölf Tagen eine Brücke über den Rhein schlagen ließ, um die Deutschen, „schon damals unsere Feinde“, zu unterwerfen.

Frankreich und Italien müßten heute Schulter an Schulter marschieren, um einen festen Block zu bilden gegen den Block, den einige europäische Völker, die Italien und Frankreich jetzt haben und belauern, eines Tages zu bilden trüben. Einigkeit bedeute Stärke, und heute sei es ein Verbrechen, nicht stark zu sein. Nichts dürfe die beiden Völker trennen. Ueber schwebende Differenzen könnte man sich leicht verständigen. Mussolini erklärte sich gern bereit, in Verhandlungen über eine etwaige Abänderung des bestehenden Tunis-Abkommens einzutreten.

Neue Faschistenzeitung in Meran.

Wien, 26. Jan. Wie der Neuen Freien Presse aus Innsbruck gemeldet wird, wird am 15. Februar die „Meraner Zeitung“ die vor 68 Jahren gegründet wurde, ihr Erscheinen einstellen. An ihre Stelle wird ein faschistisches Blatt in deutscher Sprache, „Die Alpenzeitung“, treten. Die „Meraner Zeitung“ wird alle ihre Betriebsräume und die Druckerei der neuen Zeitung „überlassen“.

Die Ablehnung Cudens und Kerchensteiners.

Rom, 26. Januar. Der Präsident des Exekutiv-Komitees des Internationalen Kongresses für moralische Erziehung Professor Dreano befragt in einem in hiesigem Ton gehaltenen offenen Brief darüber, daß die deutschen Universitätsprofessoren Cuden und Kerchensteiner in Anbetracht der Vorgänge in Südtirol sich an den Sitzungen des Kongresses, der im April in Rom stattfinden soll, nicht beteiligen werden. Professor Dreano weist u. a. darauf hin, daß als die Franzosen und Belagerer darauf bestanden, daß die Deutschen von diesem Kongress ausgeschlossen bleiben, gerade die Italiener für ihre Zulassung eingetreten seien. (W. I. N.)

Meln diesjähriger großer
Inventur-Ausverkauf
bestmt Montag den 1. Februar a. c.
Lainenhau
Wallstraße 6
Gründungs-jahr 1880
R. Hecht
Spezialhaus für gute Wäsche

Die Finanzdebatte in der Pariser Kammer.

Die Kritik der Opposition.

Paris, 26. Januar. Heute nachmittag wurde in der Kammer die mit großer Spannung erwartete Finanzdebatte begonnen. Derriot eröffnete die Sitzung mit einer Gedächtnisrede an Ehren des Kardinals Mercier. Vor dem Eintritt in die Debatte wurde zunächst ein Vertrauensantrag der Kommunisten mit 445 gegen 30 Stimmen abgelehnt, nachdem es zu einem Einverständnis zwischen dem Sozialisten Renaudel und dem Ministerpräsidenten Briand gekommen war. Renaudel legte die Aufmerksamkeit auf die Geschäfts- und Umsatzzahlen und verlangte, daß die Kammer unverzüglich ihre Entscheidung hierüber treffen möge. Briand antwortete sofort mit einer Erklärung, die im Hause lebhaften Beifall fand, und in der er ausführte, daß, wenn die Kammer die Regierungsprojekte annehme, nach seiner und des Finanzministers Ansicht eine sofortige Besserung der Finanzlage eintreten und die Währung sich erholen werde. Zwischen ihm und dem Finanzminister bestehe volles Einverständnis. Die Kommission habe angeordnete Arbeit verrichtet, ohne daß sich die Regierung mit ihren Schlussfolgerungen einverstanden erklären könne.

In der Generaldebatte erklärte der Abgeordnete Grandmaison (keiner Partei zugehörig) als erster Redner, daß eine einfache Erhöhung der Steuern das Uebel nicht beseitigen werde. Außerdem dürfe man nicht daran denken, daß der Frankens stabilisiert werden könne, ehe man die Finanzsanierung durchgeführt habe. Der Abgeordnete trat für die Abtrennung des Tabakmonopols ein, das dem Staate 4 bis 5 Milliarden Goldfranken bringen könne. Außerdem forderte er Sparmaßnahmen und die Prüfung der Frage, ob als Zahlungsmittel nicht der Goldfranken einzuführen wäre.

Der radikale Abgeordnete Dumessnil, Vorsitzender des Steueranwendungsausschusses der Mittelparteien, dessen Gesetzesentwurf vom Finanzanwendungsausschuss zur Annahme empfohlen wird, erklärte, man betreibe keine Parteilichkeit, indem man die Politik, die man grundsätzlich vertreten habe, zur Grundlage der parlamentarischen Handlungen mache. Der Finanzanwendungsausschuss habe den Regierungsentwurf zurückgewiesen und an seine Stelle einen anderen Entwurf gelegt, der zum Teil auf den gleichen Grundfragen beruhe wie der Regierungsentwurf. Dieser Entwurf könne zu einem Kompromiß führen.

Das man von den Regierungsparteien nicht fordern werde, sei die Umfassener, die man während der Wahlkampagne bekämpft habe. Alles, was gegen die Finanzgesetze von Coudore gefordert worden sei, müsse man auch gegen diejenigen Coudores laßen. Der Budgetausgleich müsse durch hässliche Maßnahmen, die Sanierung der Finanzen aber durch außerordentliche und vorübergehende Maßnahmen herbeigeführt werden. Bestenfalls der Zahlungen und Umsatzzahlen seien das gleiche. Nichts von beiden könne angenommen werden, da dadurch die Steuererhebung verschärft werde.

Abg. Dumessnil vertritt dann die Klagen der Kaufleute gegen die Umsatzsteuer, worauf Ministerpräsident Briand erklärte, man dürfe nicht erwarten, daß die Steuerzahler die

Regierung beschuldigen, wenn sie neue Steuern aus-schreibt. Darauf vertritt die Kammer, ohne daß der Abgeordnete Dumessnil seine Ausführungen geschlossen hat, die Generaldiskussion auf morgen nachmittags 3.30 Uhr.

Die Kritik der französischen Regierung in der Finanzdebatte.

Paris, 26. Januar. Man sieht voraus, daß sich die allgemeine Finanzdebatte in der Kammer bis Ende der Woche hinziehen wird. Die Kritik der Regierung geht dahin, das Finanzprojekt der Finanzkommission in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen, in der Hoffnung, daß im Verlauf der Sonderdiskussion, die wahrscheinlich erst Anfang kommender Woche eröffnet wird, zahlreiche Stimmen das Kommissionsprojekt nach dessen Zerschlagung ablehnen werden. Im entscheidenden Augenblick wird dann die Regierung zum Gegenangriff übergehen, indem sie auf ihre ursprüngliche Vorlage, besonders auf die Verbrauchssteuer, zurückgreift.

Englisch-italienische Einigung.

London, 26. Jan. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist in den italienisch-englischen Schuldenverhandlungen heute eine endgültige Einigung erzielt worden. Die förmliche Unterzeichnung des Schuldenabkommens wird morgen voraussichtlich um 11 Uhr vormittags stattfinden. Der Text wird wahrscheinlich morgen abend der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. (W. I. N.)

Die Blätter melden über den Inhalt des eben abgeschlossenen englisch-italienischen Schuldenabkommens, daß Italien, zum mindesten in den ersten Jahren, nicht mehr an Amerika und England zusammen zu zahlen haben wird, als es von Deutschland Reparationen erhält. Dagegen verpflichtet Italien auf die Rückzahlung des im Kriege übergebenen Golddepots bis zur Tilgung der Schulden und ebenso auf die ausfallenden Zinsen. Die Ratezahlungen sollen jährlich zwischen 4 und 4,5 Millionen Pfund Sterling betragen und sich auf 62 Jahre erstrecken. (W. I. N.)

General Mittelhauser geht nach Marokko.

Prag, 26. Jan. Der Chef der französischen Militärmission General Mittelhauser, der in der Eigenschaft als Generalkommandant der Tischeo-Slowakei jüngst durch einen anderen General ersetzt wurde und zum technischen Berater des Ministers für nationale Verteidigung ernannt worden war, verläßt Prag, um ein Armeekommando in Marokko zu übernehmen. (W. I. N.)

Erweiterung der Prager Regierungskoalition?

Prag, 26. Jan. Wie verlautet, finden gegenwärtig Verhandlungen des tschechischen Ministerpräsidenten Swechla mit kommunistischen Delegierten statt, um diese zum Eintritt in die Regierungskoalition zu bewegen. Den Grund hierfür bildet die schwache tschechische Regierungsmehrheit.